

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsbestellern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen  
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreise für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-21, Geschäftsstelle und Expedition: Osterbahnstraße 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postfachnummer Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel-Schillingstraße; Dresden-21, Osterbahnstraße 2 / Fernspr.: Altm. Dresden Nr. 17239 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Donnerstage 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

2. Jahrgang      Donnerstag, den 8. Juli 1926      Nummer 156

## Keine Immunität für Böttcher

### Der Haftbefehl gegen Genossen Böttcher nicht aufgehoben Der Sächsische Landtag bleibt das reaktionärste Parlament

Der ehemalige Rote Landtag beschleunigte gestern wieder, daß er das reaktionärste und schandbarste Parlament in Deutschland ist. Hier erhielt auch gestern wieder die monarchistische Justiz die Unterstützung, die der Reichstag vor einigen Tagen derselben erst versagt hat. Nachdem vor einiger Zeit der Landtag beschlossen hatte, die Verhaftung des Genossen Böttcher zu genehmigen, hatte ein paar Tage später der Reichstag sich mit der gleichen Angelegenheit zu befassen. Der Reichstag lehnte den Antrag des Rechtsanwalts, kommunistische Abgeordnete verhaften zu können, ganz entschieden ab. Alle Parteien mit Ausnahme der Volkspartei und der Deutschnationalen stimmten gegen die Verhaftung.

Auf Grund dieser Tatsache stellte die KPD-Fraktion des Landtages ihren Antrag, den Befehl gegen Böttcher aufzuheben. Gestern stand dieser Antrag der Kommunisten zur Beratung. Da in Sachsen die „Alten Sozialdemokraten“ mit den SPD- und KPD-Abgeordneten die Mehrheit haben, lag hier die Entscheidung nicht wie im Reich bei Zentrum und Demokraten, sondern bei der Reizfraktion. Es stand jedoch fest, wenn auch ein Teil der Mitglieder dieser Fraktion aus demagogischen Gründen für den kommunistischen Antrag stimmen würde, daß der andere Teil, der jetzt schon Ministerpräsidenten besitzt, gegen diesen Antrag stimmen werde. Die Renegaten hassen die Revolutionäre mehr wie andere. Denn die Gesellschaft ist reaktionärer wie im Reich die Demokraten. Im weiteren befinden sich die alten Sozialdemokraten im Schlepptau der Volkspartei und der Deutschnationalen. Hinzu kommt noch die persönliche Gefälligkeit und Feindschaft.

So wurde gestern der Antrag auf Aufhebung des Verhaftungsbefehles von den Bürgerlichen und dem Ministerpräsidenten selbst, dem Polizeipräsidenten Kühn abgelehnt. Diesmal unterstützten die Ablehnung die Abgeordneten Schätz, Schemhor, Wittmer und weitere 4 „alte SPD“.

Leute. Sie wollten unter allen Umständen die Aufhebung des Befehles verhindern.

Zwei Tage vorher hatten die 23 eine Erklärung abgegeben, die ihr Verhalten in den Augen der Arbeiter rechtfertigen sollte. In dieser Erklärung heißt es:

„Zu den Angriffen gegen unsere Fraktionsmitglieder, die bei der Abstimmung am 24. Juni für die Strafverfolgung und Verhaftung des Abgeordneten Böttcher gestimmt haben und deshalb in den Zeitungen der SPD und KPD angegriffen wurden, erklären wir folgendes:

Die Mitglieder der Regierung und der verantwortliche Leiter der Polizeigewalt haben bei ihrem Amtsantritt den Eid auf die Verfassung geleistet. Sie können deshalb nicht für die Immunität von Abgeordneten stimmen, die unter Anwendung von Gewalt die bestehende Staatsform und deren Verfassung zu befechtigen trachten.“

Mit dieser Erklärung, mit der sich die Renegaten rechtfertigen wollen, unterzeichnen sie nur nochmal, daß sie als die getreuen Diener der Kapitalisten zu jedem Schandstreich gegen die Arbeiter bereit sind und daß sie heute der monarchistischen Justiz in die Hände arbeiten, wie sie morgen bereit sein werden, mit den Faschisten gemeinsame Sache zu machen. Dazu ist die Erklärung ein Hauptstück von Unwahrhaftigkeit und Demagogie. Jahrelang, als der Druck der Massen diese Renegaten noch bezwang, stimmten sie auch als Minister anders. Jetzt jedoch haben sie Forderungen an die Kapitalisten zu erfüllen, von deren Gnade sie abhängen.

Die Dreihundzwanzig haben durch ihre Abstimmung gezeigt, daß sie sowohl zur größten Verlogenheit, wie auch zur größten Schandart gegen die Arbeiter bereit sind, daß sie mit den Monarchisten gemeinsam gegen die Arbeiter stehen. Die Arbeiter werden bei der nächsten Gelegenheit die verbiente Antwort erteilen.

Die Abrechnung mit den Verrätern wird erfolgen, die sächsischen Arbeiter werden nicht dulden, daß das Rote Sachsen noch lange das reaktionärste Land bleibt.

## Die Tagung des Bundesausschusses des ADGB

Am 9. und 10. Juli wird der Bundesausschuß des ADGB zu seiner 4. Sitzung seit dem Breslauer Gewerkschaftskongress zusammentreten. Die Sitzung wurde nach Düsseldorf verlegt, um den Bundesauschussmitgliedern Gelegenheit zu geben, die „Gejölle“ zu besuchen. Indessen dürfte die Situation, in der der Bundesauschuß zusammentritt, wenig dazu angetan sein, wertvolle Tagungszeit zum Besuch der zweifelhaften Besichtigungen und Vergnügungen einer schönfärbischen Gesundheits- und Sozialshändel-Ausstellung zu verschwenden. Die Arbeiterkraft des Westens und des ganzen Reiches wird nicht verfehlen, den Bundesauschuß auf die ungeheure Notlage der Erwerbslosen und auf die fortschreitende Unternehmeroffensive hinzuweisen und entsprechende Kampfmaßnahmen zu fordern.

Wären schon die politischen Tatsachen, die zwischen Einberufung und Zusammentritt des Bundesauschusses eingetreten sind, nicht aufsehenerregend und alarmierend genug. Der Reichstag hat jede Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung abgelehnt und hat dessen einem geradezu lächerlichen „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ zugestimmt. Derselbe Reichstag hat die große Erhöhung der Zölle beschlossen, die eine riesige Verteuerung der Lebenshaltung und eine unerträgliche Senkung der Kaufkraft der Löhne und Erwerbseinkünfte zur Folge haben müssen. Weiter hat die Marx-Regierung gegen den Willen des werktätigen Volkes die Auflösung des Reichstages und ihren Rücktritt verweigert; sie „regiert“ diktatorisch gegen das arbeitende Volk weiter.

Die bisherige Politik des Bundesvorstandes, die Politik der Vitzthums, Vitzthums, der „Wirtschaftsdemokratie“, der Lehmung der freien Gewerkschaften und der parlamentarischen Unterstützung der Marx-Regierung ist gründlich bankrott.

Als Folge der kapitalistischen, vom ADGB befehlerten Nationalisierung liegen heute mindestens 2 Millionen Volkserwerbslose auf der Straße, dazu über 2 Millionen Kurzarbeiter. Dabei ist die Nationalisierung noch lange nicht beendet. Der ADGB-Vorstand spielt hat vor wenigen Tagen vor den Vertretern des sozialistischen Volkes erklärt, daß eine Dauererwerbslosigkeit vorliegt und daß im kommenden Herbst und Winter weit über 2 Millionen Volkserwerbslose vorhanden sein werden. In Verbindung mit der neuen Verteuerung der Lebensmittel durch die erhöhten Zölle bedeutet dies das Nahen einer Hungersnotkatastrophe.

Diese Situation verpflichtet die freien Gewerkschaften, den Kampf um allgemeine Erhöhung der Löhne und der Erwerbseinkünfte aufzunehmen. Bisher haben die ADGB-Instanzen Lohnkämpfe größeren Stils mit der Begrenzung abgelehnt, doch man erst das Unabwärtige der Erwerbslosigkeit abwarten müsse. Dieses Warten auf die bessere Konjunktur hat die Arbeiterkraft nur immer tiefer ins Elend gestoßen, denn das Unternehmertum ist rücksichtslos auf der ganzen Linie die Offensive fortgesetzt. Da der ADGB-Vorstand selbst mit einer riesigen Dauererwerbslosigkeit rechnet, so kann nicht gewartet werden, bis die Erwerbslosigkeit irgendeinmal verschwinden wird. Das wird im bankrotten kapitalistischen System nie mehr der Fall sein. Der Kampf muß unter den heutigen Bedingungen geführt werden, er muß mit entsprechenden Mitteln geführt werden. Die Arbeitlosen sind überall bereit, mit den Betriebsrätsmitgliedern in voller Solidarität zu kämpfen. Der Kampf muß unter Zusammenfassung aller Kräfte des werktätigen Volkes geführt werden. Ein solcher Kampf gegen die kapitalistische Nationalisierung und gegen das Joch der Marx-Hindenburg-Diktatur ist von vornherein ein politischer Kampf und muß von den freien Gewerkschaften, zusammen mit allen proletarischen Massenorganisationen geführt werden.

Der ADGB hat sich verpflichtet, den Kampf für die einschneidende Entlohnung der Arbeiter mit allen Kräften bis zum Siege zu unterstützen. Der Drei-Ministerrat der Fürsten ist noch nicht abgelehnt, der Kampf geht weiter. Aber er ist jetzt durch die Diktaturmaßnahmen der Marx-Hindenburg noch härter als bisher zu einem Kampf gegen diese Diktatur überhaupt geworden. In diesem Kampf müssen die Kräfte aller werktätigen Schichten zusammengeschlossen werden. Dieser Zusammenfassung der Kräfte dient der Kongress der Werktätigen. Die Arbeiterkraft fordert die Teilnahme der freien Gewerkschaften an diesem Kongress. Sie wird mit allen Kräften für diese Teilnahme kämpfen.

Der Betrag des Büchergeldes und der Jolkraub hat selbst die Massen der bisher christlich organisierten Arbeiter in volle Empörung gegen die Zentrumskirche gebracht. Die Tatsache, daß die demokratischen Führer der Jolkraub sich verschließen, hat große Teile der kirchlich-dunkelsten Gewerkschaftsmitglieder aufgesteckt. Es ist heute möglich, diese Massen im Kampf mitzuziehen, wenn die Kerntruppe der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterkraft vorwärtsmarschiert. Ein entschlossener Kampfwiller der Arbeiterkraft wird die Massen der Mittelschichten in Stadt und Land als Mitkämpfer auf ihrer Seite sehen.

Es soll in dieser Stunde dem Bundesauschuß des ADGB, millionenstimmig zugestimmt werden, daß die Teilnahme der freigewerkschaftlich organisierten Massen am Kongress der Werktätigen auf alle Fälle durchgeführt werden wird, auch gegen den Willen von Fürsten, die unter der Schminkeflamme der „Wirtschaftsdemokratie“ die Arbeiterkraft des Hungersnotkatastrophe und der Arbeitslosigkeit entgegenzuführen wollen.

Die deutsche Arbeiterkraft kann nicht länger warten. Der Kampf gegen die Ausbeuter muß und wird aufgenommen werden!

## Coof in Berlin

### Die Front der englischen Bergarbeiter steht fest - Die Entscheidung des Kampfes liegt bei den deutschen Arbeitern

Berlin, 8. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der Sekretär des englischen Bergarbeiter, Coof, ist in Berlin eingetroffen, in erster Linie, um mit den russischen Bergarbeitern zu verhandeln. Die englischen und russischen Bergarbeiter werden gemeinsam einen Aufruf an das internationale Proletariat erlassen, worin die verhängnisvolle Hilfe für die englischen Bergarbeiter geordert wird. Coof möchte folgende Mitteilungen: Die Front der englischen Bergarbeiter steht absolut fest. Die Masse der Bergarbeiter ist entschlossen, seine Kompromisse einzugehen. Es gibt weder in der Frage des Lohnes, noch in der Frage der Arbeitszeit Kompromisse. Der Streit kann noch monatelang dauern. Eine Niederlage der Bergarbeiter wird nur dann möglich sein, wenn die Bergarbeiter vollkommen ausgehungert werden. Die Bergarbeiter werden fragen, wenn die Einfuhr der Kohle nach England verhindert wird. Das ist die entscheidende Frage. Die gesamte englische Arbeiterkraft ist sich darin einig, daß der Generalrat bei Abbruch des Generalstreiks nach London handelt. Mit besonderer Ausführlichkeit sprach Coof von der Rolle der deutschen Arbeiter. Die englische Regierung hat triumphierend an den Bergarbeiterschwand geschrieben, daß dieses 200 000 T. deutscher Kohle über Holland nach England gekommen sind. Die Regierung propagandistisch ist überall in England folgenden Sätze: Diese oder jene Kohle wird mit Hilfe deutscher Kohle wieder in Betrieb gesetzt.

Der „Vorwärts“ berichtet von einer Unterredung mit Coof in einer Art, die den deutschen Arbeitern glauben machen soll, daß noch keine deutsche Kohle nach England gekommen ist. Der „Vorwärts“ schreibt: „Coof ist überzeugt, daß die englischen Transportarbeiter keine ausländische Regierungspolitik nach England hineinlassen werden und daß die deutschen Gewerkschaften alles in ihrer Macht Ständen (von „Vorwärts“ gewertet) tun werden, um den englischen Kohlern zu helfen.“

Coof hofft, daß in Zukunft die deutschen Arbeiter die Kohlenlieferung nach England zu verhindern werden. Besonders in Bedenung steht er der bevorstehenden Konferenz des ADGB, in der die englischen Bergarbeiter erwarten Schritte des ADGB zu veranlassen. Die englischen Bergarbeiter sind zur Verhinderung des deutschen Kohlenexportes nach England. Coof sprach von der sowjetrussischen Hilfe. Aus Deutschland begehrte von der sowjetrussischen Hilfe. Aus Deutschland kamen Sympathieauktionen, die Russen da gegen schickten Geld. Immer wieder betonte Coof die ausschlaggebende Rolle, die den deutschen Arbeitern bei der Entscheidung des englischen Kampfes zusteht.

## Russische Goldbarität

100 000 Pfund Sterling von den russischen Gewerkschaften in dieser Woche überweisen

London, 7. Juli. Nach der „Financial Times“ hat der Sekretär des Bergarbeiterverbandes Coof bekanntgegeben, daß in dieser Woche weitere 100 000 Pfund Sterling (2 Millionen Mark) zur Unterstützung der britischen Bergleute aus Ausland erwartet würden.

Die bewundernswürdige Goldbarität der russischen Gewerkschaften und ihr großes praktisches Ergebnis, das nur zustande kommt durch die Abführung eines halben Tageslohn eines russischen Gewerkschaftler, muß den deutschen Arbeitern ein Ansporn sein, mit der gleichen Aktivität und Solidarität den Kampf des englischen Grubenproletariats zu unterstützen. Der Kampf erfordert ungeheure Summen. Die deutschen Arbeiter dürfen nicht erschrecken. Nur durch höchste Goldbarität wird es möglich sein, den Kampf der englischen Brüder siegreich zu gestalten.

## Neues schweres Zuchthausurteil des Niederrichter

Dresden, 8. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der vierde Senat des Reichsgerichts hat gestern den Genossen Hermann Kälauer (Kag Wende) wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 2 Jahren Gefängnis und 100 M. Geldstrafe verurteilt. 5 Monate der erlassenen Unterbringungshaft werden angerechnet. Der Reichsanwalt hat 3 Jahre Zuchthaus beantragt. Als Hauptzeuge hatte die Reichsanwaltschaft wieder den beschuldigtesten Spitzel der Zuchthausverwaltung gehabt. Der Reichsanwalt Plögel behauptete, daß die Inzidenten des Angeklagten genügend beweisen, daß er keine untergeordnete Arbeit in der Zuchthausverwaltung, sondern vielmehr die Leitung gehabt habe. Außerdem habe der Angeklagte als Mitarbeiter verurteilt, die Minister in kommunikativen Sinne zu beeinflussen.

## Vertrauen für die Hohenzollern-Regierung

Berlin, 7. Juli. (Eigene Drahtbericht.) Die namengebende Abstimmung über den Mißtrauensantrag der kommunistischen Fraktion im Reichstagen ergab Ablehnung des Antrages mit 228 der Regierungszustimmen gegen 127 Stimmen der Kommunisten, Deutschnationalen und Wirtschaftlichen. Die Abstimmung über den Mißtrauensantrag wurde durch die einstimmige Ablehnung der Kommunisten, Deutschnationalen und Wirtschaftlichen verhindert. Die Abstimmung über den Mißtrauensantrag wurde durch die einstimmige Ablehnung der Kommunisten, Deutschnationalen und Wirtschaftlichen verhindert. Die Abstimmung über den Mißtrauensantrag wurde durch die einstimmige Ablehnung der Kommunisten, Deutschnationalen und Wirtschaftlichen verhindert.

Vertical text on the left margin containing various small notices and advertisements.